

AUSGABE 3 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städte fordern: Geflüchtete besser verteilen

Städtetagsumfrage zu Wohnimmobilien

Bundespräsident trifft 50 Gäste aus der Kommunalpolitik

Kriegsfolgen: Energie sparen, Tempolimit prüfen

AUS DEN STÄDTEN

Weltradgipfel 2023 in Leipzig

Heidelberg sucht Azubis via Web und Instagram

Berliner Kampagne für sauberes Abwasser

FORUM

Die Europa-Arbeit der Städte im Ausschuss der Regionen

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

Städte fordern: Geflüchtete besser verteilen – Integration in Schule und Kita umsetzen

Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, sehr schnell die angekündigte bessere Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine umzusetzen. Außerdem müsse schon jetzt die Integration angepackt werden, etwa in Schulen und Kitas. Bezüglich der Kostenerstattung für die Kommunen seien schnelle Entscheidungen nötig. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, am 30. März nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes deutlich.

Lewe sagte vor dem Gespräch der Kommunen mit Bundeskanzler Olaf Scholz und mehreren Bundesministerinnen und Bundesministern am 1. April: „Die deutschen Städte stehen fest an der Seite der Ukraine. Ihre Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine und den vielen Geflüchteten, die ihre Heimat verlassen mussten und müssen. Die Städte tun mit viel Empathie alles für eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten. Weil die Flüchtlingsbewegung eine hohe Dynamik hat, müssen wir uns aber in Deutschland auch besser abstimmen. Deshalb haben wir einen Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen gefordert. Wir begrüßen, dass der Bund diese Forderung mit seiner Einladung an die kommunalen Spitzenverbände zumindest teilweise aufgreift. Wir brauchen verbindliche Absprachen für die schnelle Verteilung und Registrierung der Flüchtlinge, für die Integration und die Kostenübernahme. Das werden wir am Freitag in unserem Gespräch beim Bundeskanzler deutlich machen.“

Schneller registrieren, gerechter verteilen
Es sei gut, dass Bund und Länder sich mit den Städten in einer Verantwortungsgemeinschaft für die Menschen aus der Ukraine sehen. „Nun muss sich diese Haltung in politisches Handeln umsetzen. Beispielsweise sind die Probleme um Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge erkannt. Die Problemlösung sollte jetzt aber gewaltig an Fahrt gewinnen.

Denn nach wie vor kommen in Großstädten an Verkehrsknotenpunkten sehr viele Menschen an, die besser auf die Städte und Gemeinden im ganzen Land verteilt werden müssen. Nur so können die vorhandenen Unterbringungs-kapazitäten gut ausgenutzt werden“, so Lewe. Geflüchtete, die bereits in den Städten sind, müssten bei der Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel angerechnet werden.

Bei der Registrierung sei ein erster Schritt, dass mobile Teams des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Registrierung der geflüchteten Menschen vor Ort unterstützen. Noch besser wäre es, wenn Bund und Länder die Geflüchteten bereits während ihrer Anreise und in den Erstaufnahmeeinrichtungen registrieren. „Der Bund und die Länder sollten technisch, personell und organisatorisch ihre Kapazitäten für die Registrierung ausbauen und das Verfahren überprüfen. Viele geflüchtete Menschen haben bereits biometrische Pässe, so dass an ihrer Identität kein Zweifel besteht. Zumindest für diese Gruppe sollte die Registrierung weiter vereinfacht werden. Dann würde es viel schneller gehen“, forderte Lewe. Derzeit dauere selbst die vereinfachte Registrierung noch je Person rund 45 Minuten.

Der Städtetagspräsident plädierte für eine schnelle Integration von Kindern in Schulen und Kitas: „Rund die Hälfte aller Geflüchteten sind nach Schätzungen Kinder, die schulpflichtig sind oder bald einen Kitaplatz benötigen. Deshalb müssen Bund und Länder die Städte unterstützen und helfen, Kapazitäten bei Kinderbetreuung und Schule sehr zügig auszubauen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal und Erzieherinnen, mehr Räume und Gebäude für Willkommensklassen und zusätzliche Kitagruppen.“

Mehr bezahlbare Wohnungen

Der Deutsche Städtetag fordert, von Anfang an die richtigen Weichen für die Integration zu stellen – über Schule und Kita hinaus. Der stellvertretende Präsident des Deutschen



Die Situation Geflüchteter aus der Ukraine in Deutschland – Thema beim Treffen mit dem Bundeskanzler am 1. April: v.l.n.r. Oberbürgermeister Burkhard Jung, Vizepräsident, und Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag; Bundeskanzler Olaf Scholz; Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer, und Bürgermeister Ralph Spiegler, Präsident Deutscher Städte- und Gemeindebund; Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer, und Landrat Reinhard Sager, Präsident Deutscher Landkreistag. (Foto: Bundesregierung, Guido Bergmann)

Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer aus Kiel, sagte: „Im Moment geht es meistens noch um provisorische Unterbringung. Aber viele Menschen werden länger bleiben. Wir brauchen deshalb noch mehr zusätzliche Wohnungen zu bezahlbaren Preisen. Das ist eine riesige Herausforderung. Denn schon jetzt verschärft sich die Konkurrenz um diese knappen Güter in zahlreichen Städten. Wir brauchen deshalb eine gemeinschaftliche Initiative, die verfügbaren Wohnraum schnell nutzbar macht und zusätzlich dauerhaften Wohnraum schafft.“ Kurzfristig geht es darum, den vorhandenen Leerstand zu nutzen und leerstehende Wohnungen wieder herzurichten.

Kommunen von Flüchtlingskosten entlasten – Grundsicherung nach SGB II anwenden

Der stellvertretende Städtetagspräsident Kämpfer mahnte außerdem zügige Entscheidungen von Bund und Ländern zur Kostenerstattung für die Kommunen an. „Die Aufnahme der Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund und Länder müssen deshalb die Kommunen

von den Mehrkosten durch die hohe Zahl der geflüchteten Menschen entlasten. Wir brauchen einen fairen Lastenausgleich.“ Bund und Länder müssten die bereits entstandenen und künftigen Aufwendungen der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung erstatten – unabhängig davon, ob die Menschen künftig Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder weiterhin nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen.

Die Städte sprechen sich dafür aus, den geflüchteten Menschen aus der Ukraine Zugang zu den Sozialleistungen der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II zu verschaffen. „Die Geflüchteten können von Anfang an in Deutschland arbeiten. Damit das gelingt, brauchen wir aber auch die üblichen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, wie Sprachkurse und Qualifizierung. Deshalb wäre es ein guter Weg, wenn für die Geflüchteten aus der Ukraine das Sozialgesetzbuch II gilt. Damit wird ihnen eine Qualifikation zur Arbeitsaufnahme ermöglicht und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Und den Menschen kann mit Leistungen der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung geholfen werden, wenn es nötig ist“, so Kämpfer.



Sozialer Wohnungsbau des Leben-S-Raum „Eiswiese“ in Düren. Das Objekt kann zum „Tag der Architektur“ in Nordrhein-Westfalen am 18. und 19. Juni besichtigt werden, ebenso wie weitere 138 Objekte. (Foto: Architektenkammer NRW, Jörg Hempel)

Städtetagsumfrage zu Wohnimmobilien: Preise steigen weiter, Kaufvertragszahl rückläufig

Die Preise für Grundstücke, Wohnungen und Häuser sind im Jahr 2021 weiter gestiegen. Das bildet für weite Teile der Bevölkerung eine hohe Hürde beim Erwerb von Wohneigentum. Eine Trendwende ist nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages unter seinen Mitgliedsstädten nicht in Sicht. In 88 Prozent der Städte sind die Preise angestiegen. Nur 3 Prozent der Städte stellen fallende Immobilienpreise fest. 9 Prozent der Städte ermittelten konstante Preise. Dagegen sind die Kaufvertragszahlen überwiegend rückläufig. Damit setzt sich der Trend der Vorjahre fort.

Preissteigerungen zeigen sich bei den 107 befragten Städten auf allen erhobenen Teilmärkten, also bei unbebauten und bebauten Grundstücken, Wohnungen sowie Häusern. An der Spitze stehen, wie bereits im Vorjahr, die Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke: Fast alle befragten Städte (96 Prozent) meldeten in diesem Segment steigende Preise (Vorjahr: 93 Prozent).

Gleichzeitig ist die Zahl der Wohnimmobilien, die zum Verkauf stehen, leicht rückläufig: So haben 36 Prozent der an der Umfrage beteiligten Städte fallende Kaufvertragszahlen mitgeteilt. Insbesondere bei den Bauplätzen für eine individuelle Bauweise (48 Prozent) und bebaute Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke (41 Prozent) sinkt in diesem Marktsegment das Angebot in den meisten Städten weiter. In 31 Prozent der Städte bleiben die Verkäufe auf Vorjahresniveau und in 33 Prozent der Städte standen mehr Wohnimmobilien zum Verkauf als im vorherigen Jahr.

Allein bei Grundstücken für den Geschosswohnungsbau lässt sich ein im Vergleich zum Vorjahr steigender Trend der Transaktionen feststellen: 29 Prozent der teilnehmenden Städte verzeichneten steigende Verkäufe, im Vorjahr waren es noch 18 Prozent. Diese Entwicklung korrespondiert mit der sinkenden Zahl an Bauplätzen für Einfamilienhäuser.

Aus Sicht des Deutschen Städtetages ist der steigende Trend beim Verkauf von Grundstücken für den Geschosswohnungsbau positiv. Denn auf diese Weise werden knappe Flächen in den Städten, die immer teurer werden, so genutzt, dass möglichst viel Wohnraum entsteht.

Aus Sicht des Deutschen Städtetages ist der steigende Trend beim Verkauf von Grundstücken für den Geschosswohnungsbau positiv. Denn auf diese Weise werden knappe Flächen in den Städten, die immer teurer werden, so genutzt, dass möglichst viel Wohnraum entsteht. Dieser Trend muss aber noch deutlich verstärkt werden. Das erfordert höhere Dichten in Baugebieten bei gleichzeitig mehr Qualitäten für die Grün- und Freiflächen.

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind auch für das Jahr 2021 aus den Ergebnissen der Umfrage nicht ablesbar. Damit scheint sich zu bestätigen, dass der Markt für Wohnimmobilien vergleichsweise unbeeinflusst von der „Corona-Krise“ geblieben ist. Größeren Einfluss auf die Entwicklungen der Umsätze und Preise haben weiterhin ein zumindest partiell niedriges Angebot bei weiterhin günstigen Rahmenbedingungen sowie wirtschaftliche Einflussfaktoren (zum Beispiel Zinsniveau).

Hintergrund zur Umfrage:

Der Bericht „Markt für Wohnimmobilien 2021“ basiert auf einer Umfrage, an der 107 Städte aus der Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages teilgenommen haben. Die untersuchten Städte haben alle mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner und sind geografisch den Analyseregionen Nord, Süd, Ost und West zugeordnet.

Datenquelle für die vorliegende Untersuchung sind die Kaufpreissammlungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte

in den beteiligten Städten. Diese erhalten aufgrund gesetzlicher Verpflichtung unter anderem alle von den Notarinnen und Notaren beurkundeten Immobilienkaufverträge.

Bericht „Markt für Wohnimmobilien 2021“:

➔ www.staedtetag.de/markt-wohnimmobilien-2021

TITELFOTO

Sammelstelle der Bochum-Donetsk Partnerschaftsgesellschaft

Bochum gehörte zu den ersten westdeutschen Städten mit einer ukrainischen Partnerstadt. Das ist seit 1987 Donezk, im Kohlerevier Donbass gelegen. Zusammen mit der Stadt Sheffield, die seinerzeit vermittelt hatte, bildeten die drei Städte eine Ringpartnerschaft. Mit dem Ausbruch des Ukrainekriegs 2014 und seit Ausrufung der „Volksrepublik Donezk“ ist keine offizielle Zusammenarbeit mit Donezk möglich, weil demokratisch legitimierte kommunale Akteure fehlen. Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 unterstützt die Gesellschaft Bochum-Donetsk nun Ukrainerinnen und Ukrainer mit Notfallpaketen und mit weiteren humanitären Projekten.

(Foto: Stadt Bochum, Lutz Leitmann)



Foto: Bundesregierung, Guido Bergmann

Ukraine, Flüchtlingshilfe, Corona: Bundespräsident trifft 50 Gäste aus der Kommunalpolitik

Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster war am 18. März einer von 50 geladenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue in Berlin. Bei dem Austausch ging es unter anderem um die Lage in der Ukraine, die Herausforderungen und Erfolge der Flüchtlingshilfe auf der kommunalen Ebene und um die Corona-Pandemie und ihre Folgen.

Bei dem Treffen sprach der Bundespräsident den Kommunen seinen Respekt aus für die vielfältige Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine. Steinmeier wörtlich: „Sie machen in den Kommunen das Unmögliche möglich. Mich beeindruckt Ihr Engagement und Ihre Hilfsbereitschaft zutiefst.“

Städtetagspräsident Markus Lewe schilderte am Beispiel Münster die Situation der Städte:

„Wir erleben vor Ort eine unglaubliche Welle der Solidarität und der humanitären Unterstützung. Vor der Vielfalt der unterschiedlichen Hilfsleistungen habe ich einen riesigen Respekt. Vor Ort arbeiten wir im Krisenmodus. Wir müssen die Lage immer wieder neu einschätzen.“

Wir erleben, dass einige Städte, aus geografischen Gründen, aber auch weil es eine ukrainische Community gibt, massiv gefordert werden und kurzfristig viele Unterkünfte zur Verfügung stellen müssen. Da ist eine Vereinbarung notwendig, wie man einen Verteilungsschlüssel schnell hinbekommt.“

Lewe dankte dem Bundespräsidenten dafür, dass er als Mutmacher und Hoffnungsmacher an der Seite der Kommunen stehe. Das sei ganz kostbar in dieser Zeit.

Machen Sie mit beim Wettbewerb KOMMUNE BEWEGT WELT

Der Preis für herausragende entwicklungspolitische und kommunale Kooperationen



Preisgelder in einer Höhe von 138.000 EURO!

Lassen Sie Ihr gemeinsames Engagement auszeichnen!

Bewerbungsschluss: 3. Juni 2022

Alle Infos unter www.kommune-bewegt-welt.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Kriegsfolge: Energie einsparen und Tempolimit prüfen

Angesichts der Sorgen um einen Lieferstopp von russischem Erdgas und Erdöl fordert der Deutsche Städtetag, mehr Anstrengungen um Energie einzusparen. Dazu sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa):

„Die Städte unterstützen die von Minister Habeck ausgerufene Frühwarnstufe. Wir müssen auf allen Ebenen und mit allen verfügbaren Mitteln Vorkehrungen treffen, um uns auf einen Lieferstopp aus Russland vorzubereiten. Das gilt sowohl strategisch als auch ganz praktisch. Denn ein Gas oder Öl-Lieferstopp ist ein realistisches Szenario. Wir wollen keine Hysterie, aber ein stärkeres Bewusstsein der Menschen und der Wirt-

schaft, dass es zu einer Krise großen Ausmaßes kommen kann. Das heißt ganz konkret: Wir müssen ab sofort noch mehr auf den Verbrauch von Energie schauen. Deshalb plädieren wir dafür, jetzt ein Tempolimit zu prüfen. Damit könnten wir sofort ein Einsparpotenzial heben.

Auch die kommunalen Stadtwerke rüsten sich für den Ernstfall. Sie wollen für die Energiesicherheit vorsorgen und das verlässlich rund um die Uhr. Gleichzeitig stehen sie durch steigende Beschaffungs- und Vorsorgekosten für Gas, Öl und Strom zunehmend unter Druck. Für den Fall von Liquiditätsengpässen muss der Bund für die Stadtwerke eine finanzielle Absicherung schaffen.“



Foto: Stadt Münster, Michael C. Moeller

Münster setzt auf innovatives Mehrwegsystem aus Glas für die Gastronomie

In Münster ist ein neues Glas-Mehrwegsystem für die Gastronomie gestartet. Zunächst bieten Mensen und Bistros des Studierendenwerkes Speisen zum Mitnehmen in hochwertigen, bruchsicheren und leichten Glasgefäßen an. Ab 2023 sind Restaurants, Cateringbetriebe, Kantinen und Lieferdienste verpflichtet, für die Mitnahme von Speisen und Getränken Mehrwegbehälter als Alternative zu Einwegkunststoffverpackungen anzubieten. Die Idee zu dem System hat die Stadt Münster gemeinsam mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Westfalen e.V. (DEHOGA Westfalen) und dem Studierendenwerk Münster in Kooperation mit dem Münsterland e.V. entwickelt. Aktuell wird unter dem Motto „GLAS? Klar!“ um weitere Kooperationspartner geworben. Das Mehrwegsystem vermeidet Abfall, schützt das Klima und garantiert einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen.

➤ www.glas-mehrweg.de



Foto: Stadt Heidelberg, Tobias Dittmer

Velo-city 2023: Weltradgipfel kommt nach Leipzig

Die Stadt Leipzig richtet gemeinsam mit der Leipziger Messe vom 27. bis 30. Juni 2023 den Welt-Radverkehrskongress Velo-city aus. Zum weltweit wichtigsten Radverkehrskongress treffen sich jährlich etwa 1.400 Entscheiderinnen und Entscheider, Mobilitätsexpertinnen und -experten und Repräsentantinnen und Repräsentanten aus über 60 Ländern. Dabei kann Leipzig einerseits Anregungen internationaler Experten für die eigene Radverkehrsplanung erhalten und andererseits Leipziger Besonderheiten in der Verkehrsplanung und Stadtentwicklung präsentieren. Die Velo-city wird seit 1980 von der European Cyclists' Federation organisiert – nach zuletzt Lissabon (2021) und Ljubljana (2022) ist Leipzig die erste deutsche Gastgeberstadt seit München im Jahr 2007.

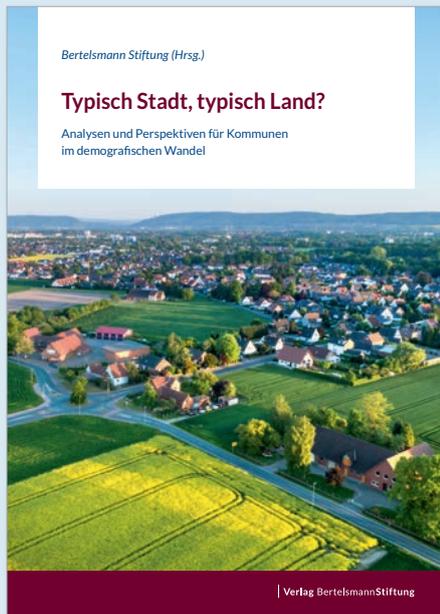
➤ www.ecf.com

Stadt Heidelberg startet digitale Karriereseite und Instagram-Kanal zum Thema Ausbildung

Architekten und IT-Fachkräfte, Bauingenieure und Verkehrsplaner, Projektmanager und Forstwirte, Elektroniker und Erzieher, Tischler und Vermessungstechniker, Redakteure und Verwaltungsfachangestellte – bei der Stadt Heidelberg arbeiten Beschäftigte in mehr als 50 Berufsfeldern, die weit über die klassische Büroarbeit hinausgehen. Auf einer neuen digitalen Karriereseite informiert die Stadt über eine berufliche Laufbahn bei der Verwaltung, aktuelle Stellenangebote, Ansprechpersonen und warum es sich lohnt, sich bei der Stadt um eine Anstellung oder Ausbildung zu bewerben. Insbesondere für junge Menschen auf ihrem Weg in die berufliche Zukunft bietet die Stadt zum Thema Ausbildung und duales Studium zudem einen neuen Instagram-Kanal.

➤ www.heidelberg.de/arbeitgeberin
Instagram: @ausbildung_heidelberg

Empirische Daten aktiv nutzen



Als E-Book erhältlich

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Typisch Stadt, typisch Land?

Analysen und Perspektiven für Kommunen im demografischen Wandel

2022, 116 Seiten, Broschur

20,- € (D)

ISBN 978-3-86793-946-1

Jede Stadt, jede Gemeinde ist anders. Dennoch: Die demografischen Entwicklungen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder das jeweilige regionale Umfeld sind ähnlichen Gruppen zuzuordnen. Die Publikation schafft Transparenz über den vielfältigen Wandel in den Kommunen. Sie definiert elf Demografietypen und gruppiert damit Städte und Gemeinden auf der Basis vergleichbarer Kennzahlenausprägungen. Der Band identifiziert Herausforderungen und entwickelt Perspektiven für zukunftsrelevante Handlungsfelder wie Stadtentwicklung, Mobilität, Digitalisierung, Geflüchtete, Partizipation, Familien- oder Seniorenpolitik.

Verlag BertelsmannStiftung

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Abwasserkampagne in Berlin: I only want the real shit

Mit ihrem Musikvideo „I only want the real shit“ rufen die Berliner Wasserbetriebe dazu auf, keinen Müll in Toiletten zu schmeißen. Im Video zum Lied macht eine Toilette mit männlicher und eine mit weiblicher Stimme darauf aufmerksam, was täglich kiloweise in WCs runtergespült wird, dort aber gar nicht hingehört. Windeln, Wattestäbchen, Tampons, Kondome, Speisereste, Medikamente oder Chemikalien verstopfen Hausleitungen und die Kanalisation, setzen Pumpen außer Betrieb und führen zu Störungen in den Klärwerken.

➔ www.bwb.de/de/only-the-real-shit.php



Die Arbeit der Städte im Ausschuss der Regionen (AdR)

Der europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter auf europäischer Ebene. Er wurde durch den Vertrag von Maastricht geschaffen und genießt gegenüber der Europäischen Kommission ein Anhörungsrecht in kommunalrelevanten Handlungsfeldern, z.B. bei Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes oder bezüglich des Klimaschutzes. Worum es bei der aktuellen Arbeit geht, dazu hat Städtetag aktuell den Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz und Saarbrückens Oberbürgermeister Uwe Conradt befragt.

Was ist das Besondere am Ausschuss der Regionen? Was ist seine Rolle in Europa für die Städte?

Oberbürgermeister Dr. Kurz: Wir haben auf der europäischen Ebene über den Ausschuss der Regionen eine formalisierte Anhörung und eine regelmäßige Beteiligung, die wir auf der nationalen Ebene in Deutschland nicht haben. Tatsächlich kommt jedes europäische Gesetzesvorhaben auf die Tagesordnung des AdR, wenn es ins Europäische Parlament geht und sobald Städte und Regionen davon berührt sind. Dem gegenüber haben wir in Deutsch-

land die Situation, dass wir als Kommunen bundesweit über die Länder „mitvertreten“ werden, was natürlich in der Alltagspraxis eben deswegen nicht so funktioniert, weil die Städte tatsächlich spezifische Interessen haben und spezifische politische Erfahrungen.

Oberbürgermeister Conradt: Alle Gesetzesinitiativen auf der europäischen Ebene werden am Ende zu 80 Prozent von den Kommunen und Regionen umgesetzt. Dort gibt es mit dem Ausschuss der Regionen ein verfasstes Gremium, das zu jedem dieser Gesetzesvorschläge Stellung nehmen kann. Das ist genauso beim Thema Klimawandel, wie beim Thema Energiepreise, beim Thema innere Sicherheit oder bei der äußeren Sicherheit – kurz bei allen Themen, bei denen es Auswirkungen auf die Kommunen gibt.

Von diesem Anhörungsrecht in Europa ausgehend: Wo sehen Sie mit Blick auf die Innenpolitik in Deutschland Themenfelder, bei denen die Kommunen stärker einbezogen werden sollten?

Oberbürgermeister Dr. Kurz: Ich glaube, wir verschenken etwas in der Politik generell, wenn auf die Städte nicht gehört wird. Die Krisenentwicklung der letzten Jahre hat

Foto: Ben van Skyhawk



„Ich glaube, wir verschenken etwas in der Politik generell, wenn auf die Städte nicht gehört wird.“

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister der Stadt
Mannheim

„Müssen wir nicht ganz generell nochmal schauen, dass wir die Kommunen in die nationale Gesetzgebung einbeziehen ...?“

Uwe Conradt
Oberbürgermeister der Stadt
Saarbrücken



Foto: Stadt Saarbrücken, Marisa Winter

dazu geführt, dass das Bewusstsein dafür gestiegen ist: In der 16-jährigen Kanzlerschaft von Angela Merkel gab es nur drei sichtbare Diskussionen direkt zwischen Bundesregierung und ihr auf der einen Seite und Kommunen und Städten auf der anderen Seite. Das war die Flüchtlingskrise, das war das Thema Diesel und Feinstaub und das war das Thema Pandemie. Und diese Woche kommt jetzt mit der Kanzlerschaft von Olaf Scholz das Thema Ukraine dazu. Da würde ich mal sagen, das ist ein Zeichen für krisenhafte Entwicklung und eine Dringlichkeit, die zur Zusammenarbeit zwingt. Es zeigt aber auch, dass ein strukturierter Dialog fehlt.

Oberbürgermeister Conradt: Wieso ist es eigentlich, anders als in Europa, auf der nationalen Ebene die Ausnahme, dass die kommunalen Interessen auch angehört werden? Das ist, glaube ich, eine Frage, der sollte man nochmal nachgehen: Müssen wir nicht ganz generell nochmal schauen, dass wir die Kommunen in die nationale Gesetzgebung einbeziehen über ein strukturiertes Anhörungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland?

Nicht nur beim Anhörungsrecht, auch bei der Mittelzuweisung stehen die Kommunen in Deutschland nicht unbedingt an erster Stelle. Inwieweit ist das ein Problem?

Oberbürgermeister Dr. Kurz: Das ist aktuell eine generelle Frage bei allen Programmen

national und europäisch: Wo fließen die Gelder hin und wer ist eigentlich verantwortlich für die Umsetzung? Auf der einen Seite wird verbal unterstrichen und betont, wie relevant die kommunale Ebene ist, um Ziele zu erreichen. Auf der anderen Seite liegen die Programme, die Mittelzuweisung und damit auch die Gestaltungsmöglichkeit überwiegend bei anderen politischen Ebenen, oft sehr stark auf der nationalen Ebene.

Von den 329 Mitgliedern im Ausschuss der Regionen sind 24 Mitglieder aus Deutschland. Doch nur drei davon sind Vertreter der kommunalen Ebene. Sie wollen, dass künftig mindestens acht Mitglieder der 24 aus Kommunen in Deutschland kommen. Warum?

Oberbürgermeister Conradt: Der Ausschuss der Regionen hat drei Grundsätze: Entscheidungen sollen möglichst bürgernah getroffen werden, und die EU soll keine Aufgabe übernehmen, für die eine nationale, regionale oder kommunale Ebene besser geeignet ist. Die Arbeit soll transparent gestaltet sein, also die Bürger sollen wissen, wer genau für was zuständig ist. Und der dritte Grundsatz ist die Partnerschaftlichkeit. Alle drei Grundsätze erfüllen innerhalb der staatlichen Ebenen an erster Stelle die Kommunen. Deshalb stellt sich schon die Frage, wie lange die kommunale Ebene bei den deutschen Sitzen im AdR so schwach gewichtet bleibt.

Mit dem Themen CO₂-Neutralität und Klimaschutz stehen Europa, Bund, Länder und Städte vor gewaltigen Herausforderungen. Für diesen Umbau sind Milliarden an Investitionen nötig. Was braucht es noch, außer viel Geld, damit das Vorhaben gelingen kann?

Oberbürgermeister Dr. Kurz: Wir stehen beim Ziel der CO₂-Neutralität vor Herausforderungen in historisch unvergleichlichem Umfang. Wir haben mal für Mannheim die Finanzbedarfe der Dekarbonisierung versucht abzuschätzen. Nach der Methode der von der europäischen Kommission verwendeten Berechnung von MaterialEconomics kommt man auf 3 Milliarden und über „NetZeroCities“ sogar auf 18 Milliarden. Da sind sämt-

liche Dimensionen dabei, die adressiert werden müssten, um CO₂-neutral zu werden: der industrielle Sektor, die Mobilität, die Gebäude. Die Frage ist aber auch, wer administriert das, wer organisiert das? Das geht nur in einem Zusammenspiel zwischen den Kommunen und den jeweiligen anderen staatlichen Ebenen. Und es funktioniert nicht, wenn oben definiert wird, wie das Programm aussieht und unten umgesetzt wird. Die staatlichen Ebenen müssen sich über die Ziele verständigen und zusammenarbeiten über eine Mehrebenensteuerung. Wir Städte müssen mit am Tisch sitzen, wenn darüber gesprochen wird, wie ist das Design von Förderprogrammen? Wo haben wir Lücken? Wo gibt es administrative Probleme? Wie können wir agil und zielorientiert handeln?

Führt die Grenzlage von Saarbrücken zu einem eigenen Erleben von Europa und europäischen Entscheidungen?

Oberbürgermeister Conradt: Die Europäische Union ist das große Friedenprojekt der europäischen Nachkriegsordnung. Und als Oberbürgermeister einer Stadt, die direkt an der deutsch-französischen Grenze liegt, ist der Frieden in Europa und gerade unsere Region natürlich erst einmal der Wert an sich natürlich: offene Grenzen, eine gemeinsame Währung, ein gemeinsames Werteverständnis und Rechtsordnung und ganz viel darüber hinaus. Aber es ist uns allen auch bewusst geworden, mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, dass der Ausgangspunkt der Nachkriegsordnung nach dem zweiten Weltkrieg nach wie vor eine hohe Aktualität hat. Europa ist das große Friedenprojekt und das bedeutet für uns: Wir handeln und denken europäisch und wir wissen, dass wir als Deutsche – ja vielleicht auch als Saarländer ganz besonders – uns auch mit unseren Partnerinnen und Partnern in Europa abstimmen müssen.

Oberbürgermeister Uwe Conradt ist ordentliches Mitglied im Plenum sowie in der Fachkommission SEDEC (Soziales, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur) des AdR. Zudem vertritt Oberbürgermeister Conradt als Mitglied im Präsidium des AdR die Interessen der kommunalen Spitzenverbände.

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz ist stellvertretendes Mitglied im AdR-Plenum und in der Fachkommission ENVE (Umwelt, Klimawandel und Energie). Oberbürgermeister Dr. Kurz ist zurzeit Berichterstatter im AdR für die Kommissions-Vorschläge zur Einführung eines Europäischen CO₂-Grenzausgleichsystems sowie zur Erweiterung des Europäischen Emissionshandels (ETS2). Die Vorschläge sind ein wichtiger Baustein für die Umsetzung des Europäischen Green Deals.

Bundesweiter Pflanzwettbewerb „Wir tun was für Bienen!“

Noch bis zum 31. Juli haben Einzelpersonen, Einrichtungen, Institutionen und Kommunen die Möglichkeit, sich am bundesweiten Pflanzwettbewerb „Wir tun was für Bienen!“ zu beteiligen. Gesucht werden insektenfreundliche Privatgärten und Balkone, aber auch Gärten von Schulen, Kitas, Firmen und Kleingärtnern, die mit überwiegend heimischen Pflanzen, Wildstauden, Kräutern und Gehölzen bepflanzt und mit natürlichen Strukturen wie z.B. Steinen, Totholz, Sand und Wasser gestaltet werden. Solche Flächen helfen das Überleben von mehr als 270 bedrohten heimischen Wildbienenarten zu sichern. Der Deutsche Städtetag unterstützt den bundesweiten Pflanzwettbewerb.

➔ <https://wir-tun-was-fuer-bienen.de/home.html>



Foto: Hans-Jürgen Sessner

kommunal mobil 2022: Digitalisierung. Verkehr. Umwelt

Unter diesem Titel laden das Umweltbundesamt, das Deutsche Institut für Urbanistik der Deutschen Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund am 12. Mai zu einer gemeinsamen Fachtagung. Online geht es unter anderem um die Rahmenbedingungen, die Kommunen schaffen müssen, damit das Potenzial der Digitalisierung für eine zukunftsfähige Gestaltung urbaner Verkehre genutzt werden kann. Außerdem soll geklärt werden, welche Rolle kommunale Verwaltungen und Unternehmen in diesem Transformationsprozess einnehmen und welche Lösungen bereits auf dem Tisch liegen. Geplant sind Impulsvorträge, Praxisbeispiele und ein Erfahrungsaustausch.

➔ www.staedtetag.de/veranstaltungen/2022/kommunal-mobil-2022

Bitte um Anmeldungen zum Tag der Städtebauförderung

Am 14. Mai 2022 können sich bundesweit Bürgerinnen und Bürger über die Städtebauprojekte ihrer Städte und Gemeinden informieren. Bundesweit finden an diesem Aktionstag Veranstaltungen rund um die Förderung von Städtebau und Stadtentwicklung statt. Der bundesweite Aktionstag ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund. Im vergangenen Jahr folgten mehr als 400 Kommunen diesem Aufruf. Städte können ihre Teilnahme bis zum 31. März 2022 anmelden. Eine vom Bund beauftragte Begleitagentur bietet umfassende Unterstützung in der Planung und Vorbereitung.

➔ www.tag-der-staedtebaufoerderung.de



Deutscher Städtetag



Foto: privat

Niedersächsischer Städtetag: Das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages hat **Frank Klingebiel**, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, zum neuen Präsidenten des kommunalen Spitzenverbandes gewählt. Der Christdemokrat übernimmt das Amt zum dritten Mal. Er war bereits von 2010 bis 2013 sowie von 2015 bis 2017 Präsident. Klingebiel steht seit 2006 an der Spitze der Stadt Salzgitter und engagiert sich seit 2012 im Hauptausschuss und seit 2013 im Präsidium des Deutschen Städtetages. Er folgt auf Ulrich Mädge, Oberbürgermeister a.D. der Hansestadt Lüneburg, der von 1998 bis 2022 wiederholt das Ehrenamt als Präsident und Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages innehatte. Ulrich Mädge wurde jetzt zum Ehrenmitglied des Verbandes gewählt.

Neu im Amt



Foto: www.fototechnik-warda.de

Baden-Baden: Zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden wurde **Dietmar Späth** (parteilos) gewählt. Er tritt seinen Dienst am 10. Juni 2022 an und folgt auf die bisherige Amtsinhaberin Margret Mergen. Die Christdemokratin leitet die Geschicke der Stadt Baden-Baden seit 2014.



Bad Kreuznach: **Emanuel Letz** (FDP) wurde zum neuen Oberbürgermeister von Bad Kreuznach gewählt. Er tritt sein Amt im Juli 2022 an und folgt auf Dr. Heike Kaster-Meurer (SPD), die seit 2011 an der Spitze der Stadt steht. Die Sozialdemokratin engagiert sich seit 2017 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Eberswalde: Neuer Bürgermeister von Eberswalde wird **Götz Herrmann** (SPD). Im Oktober 2021 legte Friedhelm Boginski seine Amtsgeschäfte als Bürgermeister nieder, weil er nach 15 Jahren an der Spitze des Rathauses als FDP-Abgeordneter in den Deutschen Bundestag einzog. Er übergab die Amtsgeschäfte an seine Stellvertreterin Anne Fellner.

Wiederwahl



Foto: Marcel Drechsler – Mediendesign

Annaberg-Buchholz: Oberbürgermeister **Rolf Schmidt** (Freie Wählergemeinschaft), Stadt Annaberg-Buchholz, wurde in seinem Amt bestätigt. Er steht seit 2015 an der Stadtspitze und ist beim Deutschen Städtetag Vorsitzender des Ausschusses für mittlere Städte.



Foto: Nico Kurth / Hammer Media GmbH

Heilbronn: **Harry Mergel**, Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Heilbronn.

Geburtstage



Foto: @Katrin Biller

Pit Clausen, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld, feiert am 12. Mai seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2009 an der Spitze der Stadt Bielefeld und engagiert sich seit 2009 im Hauptausschuss und seit 2015 im Präsidium des Deutschen Städtetages. Zudem ist er seit 2020 erneut Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Hans-Juergen Wege

Oberbürgermeisterin **Claudia Kalisch** (Bündnis 90/Die Grünen), Hansestadt Lüneburg, begeht am 27. April ihren 50. Geburtstag. Seit 2021 steht sie an der Spitze der Hansestadt Lüneburg.



Foto: fotografiekoglin

Quedlinburg: Der Oberbürgermeister der Welterbestadt Quedlinburg, **Frank Ruch**, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Quedlinburg.



Foto: Georg Kliebhan

Der Oberbürgermeister der Stadt Biberach an der Riß, **Norbert Zeidler** (parteilos), wird am 14. Mai 55 Jahre alt. An der Spitze der Stadt steht er seit 2013 und engagiert sich seit 2014 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Christian Grau

Jochen Partsch (Bündnis 90/Die Grünen), Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, feiert seinen 60. Geburtstag am 29. April. Er leitet seit 2011 die Geschichte der Stadt und engagiert sich seit 2011 im Präsidium und seit 2021 auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Landau

Der Oberbürgermeister der Stadt Landau in der Pfalz, **Thomas Hirsch**, wird am 30. April 55 Jahre alt. Der Christdemokrat leitet seit 2016 die Geschichte der Stadt und engagiert sich seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de